

WELT+

MEINUNG

GETEILTE UKRAINE?

Die verhassten Grenzen von 1991 – Putins Plan und sein Problem

Stand: 10.04.2022 | Lesedauer: 7 Minuten

Von Andreas Kappeler



Dieses Bild verbreitet die russische Seite: Angeblich zeigt es Separatisten in Mariupol

Quelle: picture alliance/dpa/TASS

Die Schlacht um das Donbass steht unmittelbar bevor. Wladimir Putin scheint nun auf eine Teilung der Ukraine zu setzen. Tatsächlich gingen Experten schon nach dem Ende der Sowjetunion von einem Zerfall der Ukraine aus.

In den letzten Tagen mehren sich die Anzeichen, dass sich die russische Armee nach dem Scheitern der Eroberung Kiews aus der Zentralukraine zurückzieht und eine Großoffensive im Donbass beginnt. Das bedeutet eine Rückkehr zu der anfangs proklamierten „militärischen Spezialoperation zur Befreiung des Donbass“.

Mit Donbass sind nicht nur die beiden „Volksrepubliken“ gemeint, sondern die ganzen Gebiete Luhansk und Donezk und wohl auch das südwestlich angrenzende Gebiet Saporischschja, das direkt an die Halbinsel Krim grenzt. Damit möchte Wladimir Putin seinen Masterplan einer Aufteilung der Ukraine verwirklichen.

Der Gedanke einer Teilung der Ukraine ist nicht neu. Gleich nach der Begründung des unabhängigen Staates Ende 1991 prophezeiten westliche Medien ein baldiges Auseinanderbrechen des jungen Staates. Als Hauptgrund dafür galt die Spaltung des Landes in Regionen mit einer vorwiegend ukrainischsprachigen beziehungsweise russischsprachigen Bevölkerung.

Historische Traditionen

Ein weiteres Argument, das angeführt wurde, waren die unterschiedlichen historischen Traditionen der Regionen. Das Zentrum und der Westen des Landes hatten während Jahrhunderten zu Polen gehört und orientierten sich nach Westen. Dort entfaltete sich im 19. Jahrhundert um die Städte Kiew und Lwiw eine Nationalbewegung.

Das Donbass im Osten und die Gebiete nördlich des Schwarzen Meeres im Süden des Landes waren bis zum Ende des 18. Jahrhunderts fast unbewohnt, hatten also keine längeren historischen Traditionen und wurden erst im 19. Jahrhundert, als der größte Teil der Ukraine zu Russland gehörte, von Ukrainern und Russen besiedelt. Die ukrainische Nationalbewegung hatte hier nur wenige Anhänger.

Die Resultate der Präsidenten- und Parlamentswahlen der Jahre 2002 bis 2014 schienen die Spaltung des Landes zu bestätigen. Während im Osten und Süden russlandfreundliche Parteien und Präsidenten gewählt wurden, waren es im Zentrum und Westen auf Mittel- und Westeuropa ausgerichtete Personen und Parteien.

Laut mehreren Umfragen befürworteten zwei Drittel der Bevölkerung im Westen des Landes einen möglichen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union (EU), für eine Anbindung an die Zollunion mit Russland sprachen sich im Osten und Süden ebenfalls zwei Drittel aus. Die zivilgesellschaftlichen Massenbewegungen der Orangen Revolution von 2004 und des Euromaidan von 2013/14 hatten ihren Schwerpunkt in Kiew und im Westen, während sie im Osten und Süden der Ukraine bei vielen auf Skepsis stießen.

Die Ukraine wurde deshalb im Ausland oft als gespaltenes Land angesehen, das zwischen Russland und dem Westen zu zerreißen drohte. Das Denkmuster einer Ost-West-Polarisierung, das auch an die Sowjetzeit anknüpfte, ist seit längerer Zeit infrage gestellt worden. So hat die Politikwissenschaftlerin und Ukraine-Expertin Gwendolyn Sasse schon im Jahr 2010 darauf aufmerksam gemacht, dass regionale Vielfalt keine Schwäche sein muss, sondern eine Stärke sein kann, etwa wenn sie als politisches Korrektiv dient.

Außerdem verdeckt die simplifizierende Dichotomie – westlich orientierter Westen, russisch orientierter Süden und Osten – historische, wirtschaftliche, politische und sprachliche Unterschiede innerhalb der Großregionen, die nicht in das Schema passen. Auch zeichnet sich seit Längerem ab, dass sich die Grenzen zwischen den Regionen verwischen. Ein Beispiel ist die lange als prorussisch geltende, weitgehend russischsprachige Industriestadt Dnipro (bis 2016 Dnipropetrovsk), die sich seit einiger Zeit vermehrt nach Westen orientiert.

Freilich ist nicht zu leugnen, dass es noch immer Unterschiede in der politischen, kulturellen und historischen Orientierung der beiden Teile der Ukraine gibt. Das bedeutet aber nicht, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung im Osten und Süden vom ukrainischen Staat lossagen und sich Russland anschließen will. In den Auseinandersetzungen ging es vielmehr um Machtfragen, um die allgemeine Ausrichtung der ukrainischen Politik und auch um die Durchsetzung regionaler Anliegen. Man sollte nicht dem Irrtum erliegen, die Sprachzugehörigkeit mit der politischen Ausrichtung gleichzusetzen. Die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine waren und sind lokale Staatsbürger. Die drei Jahrzehnte der Unabhängigkeit haben neue Realitäten geschaffen.

Obwohl viele russische Politiker das Entstehen einer unabhängigen Ukraine missbilligten, erhob Russland nach 1991 keine Ansprüche auf ukrainisches Territorium, sondern garantierte mehrfach die Grenzen der Ukraine. Das änderte sich, als die russische Politik unter Präsident Putin an imperiale Traditionen anknüpfte und seither offen die Hegemonie über den Raum der ehemaligen Sowjetunion anstrebt.

Als einen Hebel versucht Russland die zahlreichen in der Ukraine lebenden „Landsleute“ zu nutzen, wobei unklar bleibt, ob damit die Russischsprachigen oder/und die ethnischen Russen gemeint sind. Man warf der Ukraine vor, die „Russen“ zu diskriminieren. Die russische Propaganda ging so weit, von einer Verfolgung der „Russen“ der Ukraine durch die Kiewer „Neonazis“ bis hin zu einem Genozid zu sprechen. Solche propagandistischen Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen, denn trotz der Förderung der ukrainischen Staatssprache ist die Dominanz der russischen Sprache im Osten und Süden des Landes ungebrochen. Außerdem nimmt die Zweisprachigkeit ständig zu.

Als sich die Ukraine seit 2004 stärker dem Westen zuwandte, nahm die antiukrainische Propaganda Russlands zu. Die russischen Medien bezeichneten die Ukraine in der Regel despektierlich als „nesaleschnaja“ (ukrainisch: unabhängige) und stellten damit in Zweifel, ob sie wirklich unabhängig (russisch: *nezavisimaja*) sei. Schon 2008 erklärte Putin, die Ukraine sei kein vollwertiger Staat.

Als Russland im Frühjahr 2014 seinen Krieg gegen die Ukraine begann, legte Putin seine Karten auf den Tisch. Mit der Annexion der Krim und der Intervention im Donbass machte Russland klar, dass es die territoriale Integrität der Ukraine nicht respektierte und das Völkerrecht missachtete. Die Loslösung der beiden Regionen im Süden und Osten war der erste Schritt im Masterplan einer Teilung der Ukraine.

Dieses Ziel steckt auch hinter dem Projekt „Neurussland“, benannt nach der Bezeichnung der heutigen Südukraine im Zarenreich. „Neurussland“, so wird behauptet, sei ein traditionell russisches Gebiet, das nur durch die willkürliche Grenzziehung in der frühen Sowjetunion an die Ukraine gefallen sei. Das ist von aktueller Relevanz, weil die damals festgelegten Grenzen der einzelnen Sowjetrepubliken identisch sind mit denen der 1991 entstandenen unabhängigen Staaten. Putin nahm diese Argumentation in seinem historischen Aufsatz vom Juli 2021 und seiner Ansprache vom 21. Februar 2022 auf, indem er die damalige Grenzziehung als eines der schlimmsten Verbrechen der Sowjetführung unter Lenin bezeichnet, die Russland damit seiner historischen Territorien beraubte.

Mit der Annexion der Krim, der militärischen Intervention im Donbass und mit dem Anspruch auf „Neurussland“, das den ganzen Süden und Teile des Ostens der Ukraine umfasst, stellt Russland die territoriale Integrität der Ukraine radikal infrage und nimmt eine Teilung der Ukraine vorweg. Wladimir Putin hatte erwartet, dass die vorwiegend russischsprachige Bevölkerung im Osten und Süden die russischen Truppen als Befreier begrüßen und in Massen zu ihnen überlaufen würde. Doch er täuschte sich, und im Gegenteil solidarisiert sich ihre überwiegende Mehrheit mit der ukrainischen Armee und kämpft gegen die russischen Truppen.

Der achtjährige Krieg im Donbass und dann besonders der brutale Krieg Russlands gegen die Ukraine stärkten die Solidarität der Ukrainer, die damit endgültig zu einer Staatsbürgernation geworden sind, die nicht auf

Sprache und Ethnos, sondern auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruht. Angesichts der Bedrohung von außen rücken die Regionen der Ukraine näher zusammen.

Die Brutalität der Kriegsführung, die Bombardements der Städte und die Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung haben das Band zum einstigen „Brudervolk“ zerrissen. Falls Russland tatsächlich eine Teilung der Ukraine anstrebt, muss es mit erbittertem Widerstand und einem verlustreichen Partisanenkrieg rechnen.

Der Schweizer Andreas Kappeler, (</kultur/plus237092123/Ukraine-Experte-Kappeler-An-Putins-Behauptung-ist-schon-etwas-dran.html>) geboren 1943, ist einer der renommiertesten deutschsprachigen Osteuropahistoriker. Sein Buch „Russland als Vielvölkerstaat“ (1992) ist ein Standardwerk. Zuletzt veröffentlichte er „Ungleiche Brüder – Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ (2017). Seine „Kleine Geschichte der Ukraine“ erschien 2019 in einer aktualisierten Neuauflage (alle jeweils bei C.H. Beck). Bis zu seiner Emeritierung 2011 lehrte Kappeler am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  539

NEIN  68

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238086503>